Aktenzeichen: 40 01 31 /01 – 15/19

Antragsteller: Kunstverein Bitterfeld/Wolfen Malerei & Graphik e. V.
Projektbezeichnung: Kunstschule

Gesamtkosten des Projektes	2.555,00	Euro
förderfähige Gesamtkosten des Projektes:	2.555,00	Euro
beantragt:		
Aufwandsentschädigung	1.455,00	Euro
Fahrtkosten	840,00	Euro
Materialien	260,00	Euro
Eigenmittel	600,00	Euro
Mittel der Stadt Bitterfeld-Wolfen	500,00	Euro
beantragte Förderung Landkreis: (Anteilsfinanzierung)	1.455,00	Euro (56,95 %)
Entscheidungsvorschlag Verwaltung:	Zuschuss i. H. v. 1.455,00 Euro (56,95 % von 2.555,00 Euro)	

Begründung:

Die Antragstellung erfolgte auf der Grundlage

- (1) der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Kultur und Kunst im Landkreis Anhalt-Bitterfeld (Kultur- und Kunstförderrichtlinie), veröffentlicht und bekanntgegeben im Amtsblatt für den LK Anhalt-Bitterfeld am 16.06.2017 (Ausgabe 11) sowie
- (2) den §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt (LHO LSA) vom 30. April 1991, in der zur Zeit gültigen Fassung

frist- und formgerecht am 27.09.2018.

Der vorzeitige Maßnahmebeginn wurde zum 01. Januar 2019 genehmigt. Der Durchführungszeitraum endet am 31.12.2019.

Nach erfolgter Prüfung konnte eine Doppelförderung innerhalb der Landkreisverwaltung ausgeschlossen werden.

Das Projektvorhaben ist zuwendungs- und förderfähig i. S. d. Pkt. 2.1 und 2.2 der o. g. Richtlinie. Die Zuwendungsvoraussetzungen gemäß Pkt. 3 und 4 der o. g. Richtlinie sind erfüllt.

Das Projekt dient der Förderung einer breiten künstlerischen und kulturellen Betätigung der Bevölkerung des Landkreises. Maßnahme Inhalt - künstlerische Erarbeitung eigener Werke mit anschließender Ausstellung.

Die Förderung des Projektvorhabens liegt im Interesse des Landkreises Anhalt-Bitterfeld.

In Anwendung der VV-LHO zu § 44 hat der Landkreis zu prüfen, ob die geltend gemachten Kosten angemessen sind. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Zuwendung besteht indes nicht (vgl. Pkt. 1.2 der o. g. Richtlinie).

Die zuwendungsfähigen Ausgaben betragen somit 2.555,00 Euro.

Entsprechend des beantragten Anteils von 56,95 v. H. schlägt die Verwaltung vor, eine Zuwendung i. H. v. 1.455,00 Euro zu gewähren.